Tägliche Rundschau
24. VII. 1916

Die deutschen Mühlen und die neue Ernte.

Auf Einladung des Präsidenten der Reichsgetreidestelle, des Unterstaatssekretärs Dr. Michaelis, fand in Berlin eine Besprechung der Frage statt, wie sich die Beschäftigung der deutschen Mühlen im neuen Erntejahr gestalten könne. Neben den Leitern der Reichsgetreidestelle und einem Vertreter des Reichsamts des Innern nahmen daran zwei Kuratoriumsmitglieder der Reichsgetreidestelle, zwei dem Mühlengewerbe nahestehende Reichstagsabgeordnete und Vertreter dreier Fachverbände teil, nämlich des Vereins Deutscher Handelsmüller, des Verbandes Deutscher Müller und des Deutschen Müllerbundes. Unterstaatssekretär Michaelis betonte zunächst, daß eine Statistik über die Beschäftigung und die Leistungsfähigkeit aller deutschen Mühlen in Arbeit sei. Den hier und da in der Presse aufgetauchten Gedanken, daß die Reichsgetreidestelle in ihren Entschließungen von privatwirtschaftlichen Gründen beeinflußt werde, bezeichnete er als unhaltbar. Die Reichsgetreidestelle prüfe alle Fragen ausschließlich nach großen, gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen mit dem einzigen und wichtigsten Ziel: durchzuhalten. Er legte dar, wie weit die Reichsgetreidestelle bei der Durchführung ihrer Aufgaben dem Existenzbedürfnis der Mühlen entgegenkommen konnte. Im allgemeinen habe sich bei der Prüfung der Verhältnisse der von ihm vertretene Grundsatz, daß die größeren Mühlen für die Versorgung des Heeres, die mittleren für die Selbstwirtschaft und die kleineren für die Selbstversorger heranzuziehen seien, als richtig erwiesen. Wo es sich aber mit den Zielen vereinbaren lasse, gleiche die Reichsgetreidestelle aus. Der Leiter der Reichsgetreidestelle hofft, daß im Zusammenwirken mit den Kommunalverbänden und der Heeresverwaltung sich in Zukunft überall eine gerechte Verteilung des Mahlguts werde ermöglichen lassen.

In einer diesen Ausführungen folgenden Aussprache trugen besonders die Vertreter der Müllereiverbände ihre so ziemlich gleichlautenden Wünsche vor. Zwei Verbände sind dafür, daß der Schwerpunkt der Mahlgutverteilung in die Kommunalverbände zu legen sei und daß Ueberschuß- und Zuschußverbände zur Herbeiführung eines Ausgleichs sich soweit wie möglich zusammenschließen sollten. Zur Durchführung dieser Aufgaben müßten sich die Mühlen zwangsweise zu Geschäftsverbänden vereinigen, die von der Reichsgetreidestelle auf Wunsch der Verbände in ihre Organisation mit aufzunehmen seien. Bei der Verteilung des Mahlguts, die durchaus gleichmäßig stattzufinden habe, sei nicht von der Leistungsfähigkeit, sondern von der tatsächlichen Leistung in den letzten Jahren auszugehen. In Zukunft sollten während des Krieges nur solche Mühlen beschäftigt werden, die schon vor dem Krieg in Betrieb gewesen sind. Der dritte Verband war im allgemeinen mit diesen Forderungen einverstanden, hielt es aber für besser, wenn der Schwerpunkt der Getreidewirtschaft nicht den Kommunalverbänden überlassen werde, sondern eher die Befugnisse der Reichsgetreidestelle erweitert würden. Auch der im Vorjahre von der Reichsgetreidestelle eingeführten Staffelung der Mahllöhne wurde widersprochen; es müsse dabei mehr Rücksicht auf die Verhältnisse der kleinen und der großen Mühlen genommen werden.

Exzellenz Michaelis wies darauf hin, daß die Reichsgetreidestelle vor allem auf rechtzeitige Versorgung der Bedarfsbezirke mit gutem Mehl bedacht sein müsse. Angesichts der geringen Lager- und Transportfähigkeit, der Verkehrsschwierigkeiten durch die Kriegsverhältnisse usw. müsse sie darauf sehen, das Mahlgut möglichst in die Nähe der Stellen zu schaffen, an denen es gebraucht werde. Im ersten Wirtschaftsjahr habe die Kriegsgetreidegesellschaft zuviel Getreide im Osten gelassen und das Mehl nach dem Westen verfrachtet. Ob Zwangsgenossenschaften im allgemeinen geeignet seien, die schweren Aufgaben zu übernehmen, die die Reichsgetreidestelle ihren Mühlen auferlegen müsse, erscheine sehr zweifelhaft. Unterstaatssekretär Michaelis betonte in seinem Schlußwort, daß das Mahlgut nach einheitlichen Grundsätzen innerhalb der Provinzen verteilt werde. Der Gedanke der Bildung von Genossenschaften scheine ihm sehr beachtlich, denn solche Genossenschaften könnten jedenfalls die Träger der von den Kommunalverbänden zu verteilenden Mahlaufträge sein.